

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 22.

Redaktionsadresse: Die Anzeigenredaktion, Postfach 10, Chemnitz, am 1. Dezember 1932.

Telegramme: Erzgebirg Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 301

Sonnabend, den 24. Dezember 1932

27. Jahrgang

# 2,7 Milliarden für Arbeitsbeschaffung

## Davon 500 Millionen für ein Sofortprogramm — Gereke erläutert seinen Plan

Berlin, 22. Dezember. Vor Vertretern der Presse äußerte sich heute mittag Reichskommissar Dr. Gereke über die bisherigen Arbeiten des Reichskommissariats. Er unterstrich noch einmal, daß nicht eine große Behörde ausgebaut werden solle, sondern, daß es vielmehr darauf ankomme, allen einzelnen Arbeitsmöglichkeiten nachzugehen und ein zusätzliches Programm für öffentliche Arbeitsbeschaffung mit aller Beschleunigung durchzuführen. Dieses Programm soll eine Ergänzung der von der Reichsregierung schon in Angriff genommenen Maßnahmen sein. Genaue Zahlen über die Mittel, die für diese Aufgaben zur Verfügung stehen, lassen sich im Augenblick noch nicht nennen. Nach den bisherigen Verhandlungen mit der Reichsbank ist aber sicher, daß dem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm die Kreditausweitung zur Verfügung stehen wird, die Reichsbankpräsident Dr. Luder in seiner Münchener Rede auf

### 2,7 Milliarden

bezeichnet hat. Die Einzelheiten finanzieller Art hofft Dr. Gereke schon in seiner morgigen Rundfunkrede bekanntgeben zu können. Was bisher darüber in der Presse veröffentlicht worden ist, so führte er weiter aus, alle den Tatsachen voraus. Immerhin ist wohl für das Sofortprogramm mit den 500 Millionen zu rechnen, von denen in der Öffentlichkeit die Rede war. In der Durchführung der Aufgaben des Kommissariats soll vor allem

### der Grundsatz der Dezentralisation

maßgebend sein. Es kommt im wesentlichen darauf an, Kredite unter besonders günstigen Bedingungen bereitzustellen und sie den Trägern der öffentlichen Arbeit zu geben. Das sind also die Gemeinden, Gemeindeverbände, Genossenschaften usw. Sie müssen Anträge stellen, die von dem Kreditausschuß bearbeitet werden.

Für die Auszahlung der Beträge kommt in erster Linie die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbank-Kreditanstalt in Frage. Beide Institute haben auf diesem Gebiete bereits große Erfahrungen. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Gereke, daß er nicht die Absicht habe, bewährte Methoden durch neue zu ersetzen, sondern daß es ihm vor allem darum darauf ankomme, die ganzen Bemühungen um die Arbeitsbeschaffung zu beschleunigen. Deshalb soll auch

### der Zusammenhang für die Kreditgewährung

nach Möglichkeit verkürzt werden. Der Reichskommissar hofft, daß schon im Januar Kredite gegeben werden können und daß also auch im gleichen Monat schon die Aufträge herauskommen können. Bei diesen Aufträgen werden solche Gebiete bevorzugt, auf denen schnell gearbeitet werden kann. Deshalb gehören dazu die Hausreparaturen. Die 50 Millionen, die das Reich hierfür bereits zur Verfügung gestellt hatte, sind bereits voll in Anspruch genommen worden. Deshalb wird morgen oder in den nächsten Tagen zunächst der gleiche Betrag noch einmal zur Verfügung gestellt werden. Der Wert dieser Aktion liegt vor allem darin, daß sie das Fünftache der Arbeit schafft, die für 50 Millionen möglich ist, da ja die Hausbesitzer selbst die Hälfte der gesamten Aufwendungen zu tragen haben. Dr. Gereke rechnet damit, daß die Bemühungen gerade auf diesem Gebiet auch während der Frostperiode gewisse Arbeitsmöglichkeiten schafft. Weiter werden in erster Linie solche Arbeiten gefördert werden, die aus Mangel an Mitteln im laufenden Etat zurückgestellt werden müssen. Dazu gehören

### vor allem Straßen- und Brückenbauten.

Dies gibt es nach Ansicht des Reichskommissars eine ganze Menge notwendiger Arbeiten, und zwar wird dabei mehr aufzuwenden sein, als für die Hausreparaturen. Dem Reichskommissar kommt es darauf an, Beschäftigungen zu vermeiden. Deshalb sollen in den nächsten Tagen Richtlinien herauskommen. Sie werden heute im Einvernehmen mit dem Reichsfinanz-, dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsminister ausgearbeitet und wahrscheinlich schon morgen der Öffentlichkeit übergeben werden. Schließlich betonte Dr. Gereke noch, daß in der Öffentlichkeit unter keinen Umständen der Eindruck entstehen dürfe, als wenn die Durchführung des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms sich irgendwie gegen die private Wirtschaft richte. Im Gegenteil komme sie ihr ja gerade zugute. Denn die Aufträge würden ja an die private Unternehmerrichtung gehen.

Im Anschluß an keine Ausführungen beantwortete Reichskommissar Dr. Gereke noch eine Reihe von Anfragen. Er teilte mit, daß

### zur Regelung der Siedlungsfrage

ein besonderer Ausschuß im Kabinett gebildet worden ist, der unter Vorsitz des Reichsministers steht und dessen stellvertretender Vorsitzender er, der Reichskommissar, sei. Dieser Ausschuß sei beauftragt, neue Richtlinien für eine verstärkte Siedlung auszuarbeiten. Weiter erklärte Dr. Gereke, daß die Zahl der Einstellungen auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms selbstverständlich von der Inanspruchnahme der Kredite für die öffentliche Hand abhängig sei. Ein Nebenblick lasse sich frühestens Anfang nächsten Monats geben, wenn wenigstens ein Teil der Aufträge schon vorliege. Die Bedingungen für die einzelnen Kredite müßten natürlich besonders günstig sein, um eine neue Verschuldung der einzelnen öffentlichen Körperschaften zu vermeiden. Deshalb würden sie sich erheblich unter den normalen Kreditbedingungen zeigen.

Weiter werden sich die Bedingungen für die Kredite danach richten müssen, welcher Art die öffentlichen Arbeiten sind, für die sie in Anspruch genommen werden. So könnten beispielsweise für Straßenarbeiten, die keine Rente erwarten lassen, da man doch schließlich nicht wieder Schlagbäume einführen könne, nicht die gleichen Bedingungen gestellt werden wie für Arbeiten für wachsende Unternehmungen, die eine Rente abwerfen und eine Verzinsung der Kredite tragen können. Dr. Gereke erläuterte zum Schluß dann noch die Form, in der das Recht der Kreditbewilligung an lokale Kreditausschüsse delegiert werden solle. Dies könne naturgemäß nur innerhalb ganz klar gestellter Richtlinien ge-

hen und erfolge vor allem deshalb, um zu vermeiden, daß die Zentrale durch zahllose kleine Fälle lahmgelegt wird. Dadurch würde die wesentliche Vorbedingung, die, wie er nur immer wieder betonen könne, die Schnelligkeit sei, stark in Frage gestellt werden. Selbstverständlich behalte sich die zentrale Stelle das Recht vor, alle Anträge nachzuprüfen. Sie werde sogar ein Vetorecht bekommen und die Möglichkeit haben, an einen besonderen Ratsausschuß zu appellieren.

### Heute Dr. Gereke im Rundfunk

Im Rundfunk spricht heute von 19.30 bis 20 Uhr der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke über „Die vordringlichsten Aufgaben der Arbeitsbeschaffung“. Der Vortrag wird von allen deutschen Sendern übernommen.

## Die Regierungserklärung des Kabinetts Boncour

### Fortsetzung der Politik Herriots

Paris, 22. Dezember. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Paul Boncour in der Kammer und Justizminister Gardein im Senat vorlesen haben, geht von der Feststellung aus, daß weder dem Prestige der vorausgegangenen Regierung noch ihrer Politik irgendein Abbruch getan worden sei und daß das Kabinett kein Augenmerk auf die Kontinuität richte, was auch in ihrer Zusammensetzung zum Ausdruck komme. Die Regierung müsse vorerst für Sanierung der Finanzen, Eindämmen des Defizits und Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts sorgen, also kräftige Sparmaßnahmen im Einvernehmen mit den zuständigen Kommissionen und interessierten Kreisen, Beamtenchaft und ehemaligen Frontkämpfern treffen. Sie werde im Januar unter Stellung der Vertrauensfrage eine erste Reihe der notwendigen Spar- und Reformmaßnahmen zur Anwendung bringen. Nähere Angaben über eine etwaige Herabsetzung der Gehälter und Pensionen enthält die Regierungserklärung nicht.

### Die zweite Aufgabe der Regierung sei die allgemeine Regelung der Kriegsschuldenfrage.

Die gegenwärtig äußerst verwickelte innerpolitische Frage in den Vereinigten Staaten gelte, diese Verhandlungen, deren Richtung durch die Kammerabstimmung vom 12. Dezember klar angezeigt sei, äußerst vorsichtig zu führen. Danach müsse man anerkennen, daß man sich auch in Washington eifrig bemüht habe, die Schwierigkeiten beizulegen. Die französische Regierung werde die Verhandlungen in der besten Absicht führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, die dem Wirtswort ein Ende mache, der den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau infolge der Last der zwischen den Regierungen schwebenden Schulden behindere. Gleichzeitig werde die Regierung im Einvernehmen mit den Staaten, an die Frankreich durch ein gemeinschaftliches Streben gebunden sei, und ohne Hintergedanken gegen einen Dritten, gestützt auf die wirksame Freundschaft Englands und in dem Wunsch, jede Schwierigkeit zu beseitigen, die mit den Ländern bestehen könnten, mit denen Frankreich eine alte Kultur und nahe Erinnerungen verbinden, sich bemühen, andere internationale Verhandlungen zu einem guten Abschluß zu bringen. Auch sie drängten, von ihnen hänge zum größten Teil die Lösung der Krise ab, die die tiefere Ursache der budgetären Schwierigkeiten Frankreichs sei. Diese Krise sei nämlich nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch psychologischer Art, geboren aus der internationalen Beunruhigung und den Mißverständnissen und Rivalitäten unter den Völkern.

Die vorangegangene Regierung habe sich erfolgreich bemüht, die Abrüstungskonferenz aus der Unfruchtbarkeit und Langsamkeit, in der sie zu versagen drohte, zu befreien.

Die Regierung werde dieses Werk fortsetzen. Es sei ein Plan eingebracht worden, der in präzisierender Form

### die notwendige Verbindung zwischen der Abrüstung und der Sicherheit

hergestellt habe und der sich nicht einer dieser Formeln bediene, um die andere auszuschalten. Die Regierung werde den Plan verteidigen. Ein wichtiges Ergebnis sei erreicht: Auf die Abrüstungskonferenz sei ein großes Land zurückgekehrt, dessen Anwesenheit notwendig sei, um der abschließenden Konsolidation und den Garantien und Kontrollmaßnahmen, die deren Folge sein müßten, ihre volle Wirksamkeit zu verschaffen. Die Regierung werde darauf achten, daß man aus der lokalen Anerkennung einer Gleichberechtigung in der Gleichheit der Pflichten und in einer positiven Organisation des Internationalen oder wenigstens europäischen Sicherheits nicht Konsequenzen ziehe, die auf eine mit dem Zweck der Konferenz sowie mit den Friedensverträgen unvereinbare Aufrüstung ergäben würde. — Die Regierungserklärung verpricht eine bessere Organisation und einen wirksameren Schutz für die nationale Landwirtschaft und stärkere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die erforderlichen Maßnahmen seien auf internationalem Gebiet zu suchen. Deshalb werde die Regierung der für Januar nach Genf einzuberufenden Abrüstungskonferenz ihre volle Unterstützung gewährleisten. Für die Nationalisierung der Produktion sei auch die

Einführung von Tarifverträgen notwendig, wobei die Rechte der Arbeiterchaft voll garantiert werden müssen.

### Vertrauensvotum für das Kabinett

Paris, 22. Dez. Mit 365 gegen 215 Stimmen hat die Kammer dem Kabinett Paul-Boncour das Vertrauen ausgesprochen.

### Berliner Blätter

### zur französischen Regierungserklärung

Berlin, 22. Dezember. Die Regierungserklärung des neuen französischen Kabinetts wird von einer ganzen Anzahl von Morgenblättern kommentiert. In den meisten Äußerungen wird hervorgehoben, daß Paul Boncour die Politik Herriots fortsetzen werde.

Die „Vossische Zeitung“ nennt ihn den Plakhalter Herriots und sagt, am Ende der Winterhalbe werde wohl wieder ein von Herriot geführtes Ensemble die französische Szene beherrschen. Paul Boncour habe alles vermieden, was seine Zuhörer verstimmen und seine Spieldauer beeinträchtigen könne.

Der „Börsencourier“ bezeichnet die Erklärungen über Abrüstung und Gleichberechtigung als von einer Deutbarkeit, die sie wie weiße Stacheln wirken lasse. Sie bedürften einer sehr genauen Prüfung auf den letzten Sinn, in dem der „Anwalt des konstruktiven Planes“ sie wollte verstanden wissen.

Die „D.M.Z.“ meint, jedenfalls müsse Deutschland der Regierungserklärung Boncours die Tatsache entnehmen, daß die Fortsetzung der Politik Herriot auch in dem Sinne zu verstehen sei, daß von seinem Nachfolger ein wirklich konstruktiver Beitrag auf dem Gebiete der Abrüstung und der Gleichberechtigung nicht erwartet werden könne.

Der „Votalanzeiger“ spricht von einer erwünschten Klarheit. Die von Paul Boncour gegebene Auslegung der Genfer Einigungsformel bedeute nichts anderes als den Entschluß, die Abrüstungskonferenz in dem „bewährten“ Sinne ihrer Chefredakteure Paul Boncour, Bensch und Politis rein formell weiter laufen zu lassen und bedeute darüber hinaus in ihren letzten Worten eindeutig den Versuch einer erneuten Sicherung der grundsätzlichen Bestimmungen des Vitals von Versailles. Sowohl die pflichtmäßige allgemeine Abrüstung als auch die praktische Gleichberechtigung Deutschlands werde abgelehnt.

## Deutsches Finanzierungsinstitut A.-G., Berlin

Berlin, 22. Dez. Unter dem Namen „Deutsches Finanzierungsinstitut A.G. Berlin“ wird in den nächsten Tagen ein Unternehmen ins Leben gerufen werden, das der Förderung des gewerblichen Bankkredits dienen soll und die Aufgabe hat, die Fortführung solcher Kredite sowie ihre Umwandlung in Aktien und ähnliche Beteiligungen zu erleichtern. Das Grundkapital der Gesellschaft wird 80 Millionen RM. betragen. Davon entfallen 10 Millionen auf Vorzugsaktien, die durch die Goldbank, die Wechselt- und Garantiebanc und die Bank für deutsche Industrieobligationen übernommen werden. Das Institut wird von Banken und Bankfirmen Aktien und sonstige Geschäftsanteile gewerblicher Unternehmungen sowie lang- und mittelfristige Forderungen gegen solche unter der Bedingung übernehmen, daß die betreffenden Unternehmungen sanfter sind. Die Bank hat dafür einzusetzen, daß die von ihr eingekaufenen Werte einen Mindestwert von mindestens 4 Prozent, auf die Gesamtsumme des Kaufpreises gerechnet, bedringen.